

Schweiz: «Marsch fürs Läbe» in Winterthur nicht willkommen

Das freikirchliche Kongresszentrum in Winterthur hat den Abtreibungsgegnern eine Abfuhr erteilt. Ob sie dieses Jahr eine Kundgebung abhalten können, ist fraglich.

Nachdem der Zürcher Stadtrat die Demonstration der Abtreibungsgegner verboten hatte, hätte der diesjährige «Marsch fürs Läbe» am 19. September im Winterthurer Kongresszentrum stattfinden sollen. Wie die Organisatoren in einem Communiqué mitteilen, hat ihnen Gate 27 jedoch nun ebenfalls eine Absage erteilt.



Erneut ist der Grund die Angst vor gewalttätigen Störaktionen linksextremer Gruppierungen. Auf dem Internetportal barrikade.info hatten diese zu einer Gegendemonstration im Stadtpark aufgerufen. «Die Fundis können zwar versuchen, ihre Veranstaltung hinter Schloss und Riegel und unter sich abzuhalten, aber das wird uns nicht daran hindern, uns ihnen entgegenzustellen, unsere Inhalte auf die Strasse zu tragen und ihnen deutlich zu zeigen, dass sie auch hier nicht erwünscht sind!», heisst es auf der Website.

Beim Organisationskomitee von «Marsch fürs Läbe» ist die Enttäuschung gross. Die Absage komme einem Einknicken vor der Gewalt und einer massiven Einschränkung der Meinungsfreiheit gleich, schreiben sie in der Medienmitteilung. Der Anwalt des Vereins werde prüfen, wie gegen die Verursacher der Verhinderung geklagt werden könne.

Kritisiert wird auch die Arbeit der Winterthurer Polizei. Die Qualität der präventiven Arbeit der Polizei und das für den 19. September vorgelegte Dispositiv werden unter die Lupe genommen. Der Polizei seien die Namen vieler Gewaltbereiter bekannt. «Es wird abzuklären sein, wie die Polizei mit diesen Informationen umgegangen ist und welche präventive Abwehr entwickelt worden ist.»

Das Organisationskomitee wolle prüfen, wie die Botschaft «fürs Läbe» dennoch an die Öffentlichkeit getragen werden könne. «Der Marsch steht nun auf der Strasse – wo er ja aber dank der Zürcher Stadtregierung ebenfalls nicht sein darf. Es stellt sich die Frage, ob das nun das Szenario ist, wie die Schweizer Gesellschaft zukünftig mit Meinungen umgehen will, die gewaltbereiten Gruppierungen nicht passen.»

Auch Roger Tacheron, der Geschäftsführer von Gate 27, sorgt sich um die Meinungsfreiheit. Doch angesichts der veränderten Bedrohungslage könne man als Veranstaltungsort nicht mehr die Verantwortung für Sachbeschädigungen übernehmen, die nicht nur das Kongresszentrum, sondern die gesamte Altstadt treffen könnten. «Wir gingen zunächst von zehn bis zwanzig Demonstranten mit Farbbeuteln aus.» Nach den neuesten Informationen der Polizei, die die Drohungen der linken Szene auf den sozialen Netzwerken beobachtet, sei jedoch mit 400 bis 1000 gewaltbereiten Demonstranten aus der ganzen Schweiz zu rechnen.

Selbst FEG stellt Kongressraum nicht zur Verfügung

Eigentümerin von Gate 27 ist die Freie Evangelische Gemeinde Winterthur. Auch wenn man Abtreibung eher skeptisch gegenüberstehe, so Tacheron, teile man nicht in allen Punkten die Haltung von «Marsch fürs Läbe». Dennoch sei es bedenklich, wenn nun die linken Gegner der Demonstration dank ihren Gewaltandrohungen als Gewinner dastünden. Tacheron sieht hier die Stadt in der Pflicht, einen gesellschaftlichen Diskurs über die Folgen für die Demokratie anzustossen.

Der Polizeisprecher Michael Wirz sagt, er könne die Enttäuschung der Veranstalter über die Ausladung ein Stück weit nachvollziehen. Er verstehe aber nicht, warum sie Vorwürfe an die Adresse der Polizei richteten. «Wir waren gut vorbereitet, die Sicherheit in unserem Zuständigkeitsbereich rund um das Gebäude zu gewährleisten», sagt Wirz.

Seinen Angaben gemäss hatte die Stadtpolizei Kenntnis von verschiedenen Aufrufen zu Protesten und ging davon aus, dass es zu Störaktionen kommen könnte. Entsprechend sei die Vorbereitung in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei erfolgt. Es wäre ein grösserer Einsatz geworden, sagt Wirz. Aber solche Einsätze führe die Stadtpolizei immer wieder durch, zum Beispiel bei Grossveranstaltungen wie dem Albani-Fest oder rund um Fussballspiele.

Wenn es wirklich nur um Abtreibung ginge

Dass der «Marsch fürs Läbe» so unbeliebt ist, liegt nicht nur daran, dass damit gegen Abtreibungen protestiert wird. Während es anfangs effektiv nur um Abtreibungen ging, ist der Themenhorizont stetig erweitert worden. Für ihre Gegner gelten die christlichen Aktivisten generell als frauenverachtende Fundamentalisten. So sind je länger je mehr auch homo- und transphobe Flyer verteilt worden oder es wird ein Verbot der aktiven Sterbehilfe gefordert. Eine Vision ist auch eine «christliche Leitkultur in Politik und Gesellschaft».

Zur Trägerschaft des «Marsch fürs Läbe» gehören bekannte evangelikale Organisationen wie CFT, EDU, Zukunft CH und SEA. Auch auf deren Homepages wird die «Säkularisierung der Gesellschaft» beklagt und teilweise kriegt man den Eindruck, man wolle die Schweiz zu einem Gottesstaat umbauen. Dass auf praktisch all diesen Internetseiten etwas gegen die «Ehe für alle» zu finden ist, gilt als selbstverständlich wie das Amen in der Kirche.

Microsoft News / 4.9.2020